

Pressemitteilung

München, 22. November 2024

Bayerischer Gesundheitssektor fordert gesetzlichen Rahmen für Hitzeschutz

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bundestagswahl appelliert das Bündnis Hitzeschutz Bayern an die politischen Parteien, sich in der kommenden Legislaturperiode verstärkt für eine Verbesserung der Hitzeprävention einzusetzen. Es brauche einen klaren gesetzlichen Rahmen für gesundheitlichen Hitzeschutz auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

„2024 war der heißeste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – und das weltweit. Aufgrund des Klimawandels sind zukünftig immer extremere Hitzeperioden zu erwarten, die der Gesundheit der Menschen erheblich schaden können. Allein im Jahr 2022 starben in der Bundesrepublik 4.500 Menschen durch Hitze. Neben der Gefahr für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder oder chronisch Erkrankte zeigt eine aktuelle Studie der DAK-Gesundheit, dass etwa zehn Millionen Beschäftigte in Deutschland während Hitzewellen stark belastet sind. Die Temperatur am Arbeitsplatz wird in entsprechenden Verordnungen bereits berücksichtigt. Um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen, sollte Hitze aber auch explizit in die Gefährdungsbeurteilung einbezogen werden. Laut des diesjährigen globalen Lancet Countdown Berichts gingen im Jahr 2023 in Deutschland insgesamt etwa 37 Millionen Arbeitsstunden durch die verringerte Arbeitskapazität von Beschäftigten verloren. Entsprechend sind Hitzeschutzmaßnahmen in der Arbeitswelt nicht nur eine Investition in die Gesundheit der Mitarbeitenden, sondern auch in die wirtschaftliche Stabilität und Produktivität. Mit Sorge sieht das Bündnis Hitzeschutz Bayern deshalb, dass der konsequente Klima- und Hitzeschutz derzeit in der politischen Debatte an Bedeutung verliert, ja teilweise sogar in Frage gestellt wird. Wir fordern die Parteien deshalb auf, den Hitzeschutz in Deutschland endlich konsequent voranzutreiben. Die Dringlichkeit zu handeln war nie so groß wie heute“, erklärt Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), für das Bündnis.

Gesundheitlicher Hitzeschutz müsse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als gesetzliche Pflichtaufgabe verankert und ausreichend finanziell unterstützt werden. Das Klimaanpassungsgesetz sei dabei bereits ein Schritt in die richtige Richtung. „Entscheidend ist auch die Erstellung eines

Pressemitteilung

verbindlichen Hitzeaktionsplans zur Prävention hitzebedingter Erkrankungen und Todesfälle, der Basis für die Umsetzung auf Ebene der Länder und Kommunen sein sollte. Die dazu nötigen Investitionen sollten in den entsprechenden Haushalten und Budgets berücksichtigt werden“, so Quitterer. Ebenso müsse der Hitzeschutz stärker in das Bau- sowie das Arbeitsrecht, aber auch in den Zivil- und Katastrophenschutz, und somit konsequent in die Gesundheits- und Arzneimittelversorgung der Bevölkerung integriert werden.

Das Bündnis Hitzeschutz Bayern besteht aus zahlreichen Akteuren des Gesundheitssektors im Freistaat. Die Liste der Mitglieder kann auf der Website der BLÄK eingesehen werden. Link: [Klimawandel | Bayerische Landesärztekammer \(blaek.de\)](https://www.blaek.de/Klimawandel)

Pressestelle